

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Mai 2013



Ein trügerisches Schaumbad für die Eurozone

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat den Zinssatz auf das Rekordtief von 0,5 Prozent gesenkt: Banken, die sich bei der Zentralbank Geld leihen, müssen dafür also nicht einmal mehr ein Prozent Zinsen bezahlen.

Ob sich daraus eine gute Wirkung auf die Wirtschaft der Eurozone ableiten lässt, ist umstritten. Auch Mario Draghi, Präsident der EZB, gibt zu, dass der Zentralbankrat in dieser – für die Stabilität der Eurozone so wichtigen – Entscheidung nicht einer Meinung gewesen ist.

Es haben sich diejenigen um den EZB-Präsidenten geschart und in der Debatte durchgesetzt, die angesichts schwacher Konjunktur und hoher Arbeitslosigkeit in Süd-Europa nicht länger stillhalten wollten. Zu den Befürwortern der Zinssenkung gehören auffallend viele angelsächsische Ökonomen. Bei einer Umfrage in Deutschland zeigt sich wiederum, dass die Fachleute meinen, die Zinssenkung werde so gut wie keinen Beitrag zur Linderung der wirtschaftlichen Probleme der Krisenländer dort leisten, wo die realen und politischen Bedingungen als Bremsen wirkten.

Insgesamt ist die Zinssenkungsaktion der EZB wohl eher als Versuch anzusehen, so etwas wie ein wohliges Schaumbad anzurichten, das die schwächelnde Investitionsneigung in den Krisenländern der Eurozone wenigstens stützen oder gar beflügeln könnte. In der Deutschen Bundesbank und bei Ökonomen aus dem Bereich der Administration, der Universitäten und der Forschungsinstitute ist dazu allerdings wenig Ermunterndes zu hören. Es wird darauf hingewiesen, die Notenbanken sollten in erster Linie den Geldwert stabil halten, nicht aber eine gedachte Konjunkturkurve. Anderenfalls könnten zu den politischen Risiken noch monetäre Steuerungsrisiken kommen, die dem Wert und dem Ansehen des Euro mehr schaden als nützen. In vielen Stellungnahmen wird auf das Risiko für das Ansehen und somit auch für die Steuerungskraft der Europäischen Zentralbank hingewiesen.

Hans D. Barbier

Europa auf Sparkurs?

Auch 2012 wurde in Europa gespart, was das Zeug hält: Das wahre Ausmaß dieser „Sparorgie“ erkennt man daran, dass die Regierungen in den 27 EU-Staaten zusammen 520 Milliarden Euro mehr ausgegeben haben, als sie einnahmen – ein härterer Sparkurs ist schwer vorstellbar. Doch Scherz beiseite: Tatsächlich wuchs der öffentliche Schuldenberg der EU-Mitgliedstaaten im letzten Jahr weiter. Ende 2012 lagen die Schulden bei 85,3 Prozent des europäischen Bruttoinlandsproduktes (BIP). 2011 betrug die Zahlen der europäischen Statistikbehörde Eurostat zufolge „erst“ 82,5 Prozent. Zur Erinnerung: Laut Maastricht-Vertrag sind 60 Prozent des BIP als Schuldenobergrenze zulässig. Dieses Kriterium erfüllten nur Estland (10,1 Prozent), Bulgarien (18,5 Prozent), Luxemburg (20,8 Prozent), Rumänien (37,8 Prozent), Schweden (38,2 Prozent) sowie Lettland und Litauen (je 40,7 Prozent).

Staatsschulden 2012

der EU-Länder in Prozent des BIP

Estland	10,1
Schweden	38,2
Deutschland	81,9
Portugal	123,6
Griechenland	156,9
EU gesamt	85,3
Euroraum	90,6

Quelle: Eurostat

Die Schulden der 17 Länder des Euroraumes entsprachen Ende 2012 90,6 Prozent der Wirtschaftsleistung. Im Jahr zuvor waren es 87,3 Prozent. In Griechenland stieg die Neuverschuldung im vergangenen Jahr um 0,5 Punkte auf exakt zehn Prozent – deutlich mehr, als man seitens der EU-Kommission prognostizierte. Diese war von 6,6 Prozent ausgegangen. Auch Portugal schnitt schlechter ab: Das Defizit stieg auf 6,4 Prozent; die EU-Kommission war von fünf Prozent ausgegangen. Belgien erreichte einen Wert von 3,9 Prozent, obwohl es schon 2012 die Maastricht-Defizitgrenze von drei Prozent erreichen sollte.

Vielleicht ist Folgendes das Licht am Ende des Tunnels: Immerhin machten sowohl die 17 Euroländer als auch die 27 EU-Mitgliedstaaten 2012 zusammen weniger neue Schulden als 2011. Die Neuverschuldung in der EU betrug 4,0 Prozent des BIP; 2011 waren es noch 4,4 Prozent gewesen. Der Maastricht-Vertrag sah hierfür einst eine Grenze von drei Prozent vor.

<http://goo.gl/zZvTI>

Zentralisierungsfolgen

Wie in der Privatwirtschaft zählen Personalkosten (Gehälter und Alterssicherung) und Sachkosten (Mieten und Unterhaltungskosten für Gebäude, Kosten der Telekommunikation, EDV) zu den Verwaltungskosten der gesetzlichen Kran-

Krankenkassen-Kosten

	brutto	netto
2003	10,0	8,2
2005	10,1	8,2
2007	10,3	8,2
2009	10,9	8,9
2011	11,5	9,4

Verwaltungskosten in Milliarden Euro
Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

kenkassen. Mit einem Personalkostenanteil von über 80 Prozent gehört die Krankenversicherung zu den personalintensiven Branchen. Hinzu kommen spezifische Kosten. Mit Blick auf die vorgenannten Kosten sprechen die Fachleute von Netto-Verwaltungskosten. Darüber hinaus entstehen auch Kosten für Dienstleistungen der Krankenkassen zugunsten anderer Sozialversicherungsträger, zum Beispiel die Deutsche Rentenversicherung oder die Bundesagentur für Arbeit. Zählt man diese Kosten hinzu, spricht man von den Brutto-Verwaltungskosten.

Die Zahl der gesetzlichen Krankenkassen ist in den vergangenen 20 Jahren gesunken. 1992 gab es über 1 000 Krankenkassen, 2011 boten nur noch 146 ihre Dienste an. Diese Entwicklung ist von der Politik gewollt und gefördert worden. Hauptgrund: Synergieeffekte, um Verwaltungskosten einzusparen.

Doch wie so oft bestehen große Unterschiede zwischen gut gemeint und gut, denn die Brutto-Verwaltungskosten sind gestiegen: von umgerechnet 6,2 Milliarden Euro im Jahr 1992 auf inzwischen 11,5 Milliarden Euro (2011, neuere Zahlen liegen nicht vor).

<http://goo.gl/OYCMo>

Wer wachsen will, muss sparen

Hohe Staatsschulden, Rezession, Massenarbeitslosigkeit – bei dieser Kombination denken viele sofort an die Krise in „Euroland“. Wie soll man diesem Desaster entgegentreten? Weiteres Sparen würde die Eurozone nur in eine noch tiefere Krise stürzen, sagen die einen. Man könne die Schuldenkrise nur durch mehr Sparanstrengungen überwinden, meinen andere.

Ob José Manuel Barroso, Präsident der EU-Kommission, François Hollande, französischer Staatspräsident, oder Paul Krugman, amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler, – sie und andere sind sicher, dass ein Ende der Sparpolitik im Euroraum angebracht ist. Angesichts der desaströsen Lage in manchem südlichen Euroland müsse der Staat für mehr Wachstum sorgen, im Zweifel auch durch höhere Staatsausgaben. Wen überrascht es, dass Jens Weidmann, Präsident der Deutschen Bundesbank, oder deutsche Wirtschaftswissenschaftler, zum Beispiel Norbert Berthold, vom Gegenteil überzeugt sind?

Sparen oder Wachsen?

Beim Blick in die Medien könnte man meinen, es gäbe eine ernsthafte Diskussion, die um die ökonomisch „richtige“ Antwort auf die Frage „Sparen oder Wachstum?“ ringt. Wie ergebnisorientiert kann eine Diskussion jedoch sein, die – je nach ökonomischer oder politischer Ausrichtung – lediglich eine Seite der Medaille betrachtet? Immerhin ist die Situation in den betroffenen Ländern brisant: In all diesen Ländern steigen Staatsschulden und Arbeitslosenraten, die öffentlichen Finanzen verharren

hartnäckig im Defizit und die Politik findet keinen Weg aus der Lethargie.

Sparen oder Wachsen, notwendig ist beides. Das Eine kann ohne das Andere nicht funktionieren. Der vermeintliche Gegensatz ist konstruiert, von politischer Seite möglicherweise, um in Presse, Funk und Fernsehen Punkte für anstehende Wahlkämpfe zu sammeln. Sparen – gern wird auch der Begriff „Austeritätspolitik“ benutzt – oder Wachsen: Für eine Antwort muss man nicht unbedingt Ökonom sein, es reichen gesunder Menschenverstand und eine Prise Realismus.

Erfahrungsgemäß lässt sich zunächst feststellen: Wenn die Wirtschaftenden von der Politik vorgeschlagenen Weg nicht mitgehen, nützen noch so großartige Programme und theoretisch elegante Modelle wenig. Die Leistung einer Volkswirtschaft hängt wesentlich davon ab, dass investiert und konsumiert wird, dass das

Angebot an Produkten und Dienstleistungen ausgeweitet wird, dass neue Arbeitsplätze entstehen, dass auf lange Sicht „Wohlstand für alle“ entstehen kann.

Wachstum durch höhere Staatsausgaben

Wenn also Stimmung und wirtschaftliche Leistung im Keller sind, kann es doch nur Aufgabe des Staates sein, diese Situation schnellstmöglich zu beseitigen. Und nichts lasse sich einfacher aktivieren als ein Mehr an staatlichen Mitteln. Dies könne helfen, die negativen Erwartungen der Bürger zu durchbrechen und ins Positive zu drehen. Zudem wirken höhere Staatsausgaben unmittelbar auf das Bruttoinlandsprodukt, sodass mehr staatliche Mittel höheres Wachstum bedeuten. Und das soll doch schließlich erreicht werden, so die Anhänger dieser Denkschule.

Auf den ersten Blick wirkt diese Argumentation schlüssig. Und ja, das sehr knapp

Austerität

Austerität, so liest man in Gablers Wirtschaftslexikon, kommt vom lateinischen Wort **austritas** – ins Deutsche übersetzt: Strenge, Herbeheit. Der Begriff wird im ökonomischen Sinn als Bezeichnung für eine strenge Sparpolitik des Staates verstanden. Die Reduktion auf das Notwendige im Bereich öffentlicher Ausgaben soll einen ausgeglichenen Staatshaushalt herbeiführen und die gesamtwirtschaftliche Situation verbessern. Austeritätspolitik wirkt prozyklisch, wenn sie in Krisenzeiten betrieben wird, also bei ohnehin schlechter wirtschaftlicher Lage.



„Planwirtschaft führt nach allen historischen Erfahrungen und nach logischen Überlegungen über gewisse Zwischenstadien mit Sicherheit zuletzt immer zur Zwangswirtschaft.“

Ludwig Erhard

skizzierte Vorgehen würde tatsächlich Wachstum generieren, allerdings nur kurzfristig. Denn: Was geschieht, wenn der erhoffte Effekt, die Wirtschaftsbelebung, ausbleibt? Eine neuerliche Staatsspritze würde gesetzt, neue Schulden zur wirtschaftlichen Belebung aufgenommen – ein Teufelskreis, der in eine immer stärkere Abhängigkeit der Wirtschaft von staatlichen Eingriffen führen wird.

Wer wird das bezahlen?

Außerdem sollte auch nicht aus dem Blick geraten, dass die Belebung auf Pump Folgen hat: Für die öffentlichen Schulden werden Zinsen fällig, und die aufgenommenen Kredite müssen eines Tages zurückgezahlt werden. Zudem steigt die Schuldenlast des Staates permanent. Wurde nicht die soeben erlebbare Krise im Euroraum genau durch diesen Schuldenmechanismus in Gang gesetzt? Sind die Folgen dieser Politik noch nicht eindringlich genug?

Wachstum auf Pump kann demnach nicht der Erfolg versprechende Weg in die Zukunft sein. Unbeachtet bleibt auch, dass die wirtschaftliche Entwicklung nicht ausschließlich von Zinssätzen, Geldmengenzielen oder staatlicher Nachfrage abhängt. Wenn die Rädchen nur fein genug justiert werden, dann genügt ein Knopfdruck, und los geht's – aus dieser Vorstellung resultieren wohl manche makroökonomischen Vorschläge, deren Wirkungsmechanismen bereits in der Vergangenheit nicht immer eindeutig waren.

Sparen, sparen, sparen

Genau, werden jetzt die Vertreter einer strikten Sparpolitik denken. Wenn die Staatsschulden das Problem sind, hilft nur, neue Schulden zu vermeiden, alte abzubauen und staatliche Zahlungsverpflichtungen auf das Nötigste zu kürzen. Haushaltskonsolidierung lautet das A und O der Wirtschaftspolitik. Man müsse staatliches Engagement zurückfahren und die privaten Kräfte aktivieren, und schon würden Wirtschaftswachstum und Wohlstand in Gang kommen. Das, und nicht der kurzfristige Aufputseffekt, der aus einer schuldenfinanzierten Nachfrageerhöhung resultiert, ist die Quelle selbsttragenden Wachstums.

Reine Sparpolitik kann aber kurzfristig desolat wirken. Griechenland kann hier als Beispiel herhalten: Dort brach die Wirtschaftsleistung über Monate schneller weg, als der Staat sparen konnte. Staatliche Kürzungsmaßnahmen gaben dem Absturz zusätzlich Schwung. Inzwischen hat mehr als ein Viertel der griechischen Bevölkerung keine Arbeit mehr. Noch schlimmer ist die Situation bei den jungen Leuten: Fast zwei Drittel von ihnen finden keinen Arbeitsplatz.

Griechenland zeigt eindrücklich, dass ein massiver Wachstumseinbruch die Entschuldung schwierig, wenn nicht unmöglich macht. Wenn also die Wirtschaft nicht auf Pump dauerhaft in Gang kommt und Sparen um jeden Preis ebenfalls nicht besonders Erfolg versprechend ist: Was tun?

Ordnungspolitischer Neustart

Haushaltskonsolidierung und Fokussierung auf die ureigenen Staatsaufgaben könnten helfen, das Dilemma zu lösen. Früher einmal nannte man das „Ordnungspolitik“. Kurzfristig könnten staatliche Investitionen umgeschichtet und gebündelt werden. Für die Wachstumsaussichten ist nicht unerheblich, welche Staatsausgaben im Zuge der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gekürzt werden. Denkbar wäre, einige Staatsausgaben, wie Ausgaben für die Infrastruktur oder jene in Bildung, die langfristig die Möglichkeiten einer Volkswirtschaft positiv beeinflussen, auszuweiten. Wichtig wäre dabei, klar herauszustellen, dass eben nur dauerhafte öffentliche Aufgaben getätigt und keine Konjunkturprogramme aufgelegt werden.

Nötig: Konsolidierung

Auf lange Sicht ist die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte unausweichlich. Die öffentliche Hand konzentriert sich auf ihre Aufgaben. Die Finanzierung erfolgt nach klaren und nachvollziehbaren Regeln. Wenn denn tatsächlich noch Kredite notwendig werden, dürften diese allenfalls für Investitionen, nicht für konsumtive Zwecke verwendet werden. Immerhin: Neue Straßen können auch noch in 20, 30 Jahren befahren werden, sodass auch künftige Generationen Nutznießer dieser Investition sind.

Weil Wirtschaft stark auf Psychologie beruht, brauchen die Beteiligten Ziele, nach denen sie streben können. Auch

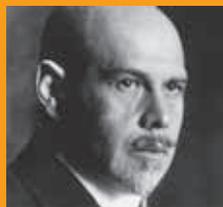
die Hoffnung auf bessere Zeiten kann Antriebsmotor sein. Wir alle handeln unter Planungsunsicherheit, niemand weiß, wo und wann neue Belastungen in der Zukunft drohen. Die Wirtschaftspolitik hat deshalb alles zu unterlassen, was zusätzliche Unsicherheiten erzeugt.

Die Hoffnung stirbt zuletzt

Sparpolitik ist das eine, Strukturreformen, um die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft zu stärken, sind das andere. Längst ist klar, dass der Sparkurs allein die europäische Malaise nicht kurieren wird. Zumindest zum Teil wird Europa den Problemen „entwachsen“ müssen. Die Frage ist nur, woher kommt dieses Wirtschaftswachstum? Im Mai wurden beispielweise im Finanzausschuss des Bundestages „Wachstumsimpulse“ gefordert.

Die Krisenländer brauchen aber keine Wachstumsimpulse oder Konjunkturprogramme, die erfahrungsgemäß eher Strohfeuer als Initialzündung sind. Entscheidend sind die Rahmenbedingungen für die Wirtschaftenden, vom Arbeitsrecht bis zu einer zügigen Abwicklung von Gerichtsverfahren und verlässlichen staatlichen Institutionen. Bleiben solche Strukturreformen aus und wird obendrein „falsch“ gespart, bleibt unter dem Strich nur die Dauerkrise. Es heißt zwar: „Die Hoffnung stirbt zuletzt.“ Das Bedenkliche an diesem geflügelten Wort könnte aber sein, dass sie eben stirbt.

Andreas Schirmer



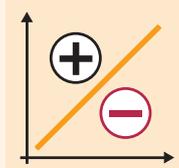
„Tatsächlich und normalerweise gelten neun Zehntel der politischen Tätigkeit den wirtschaftlichen Aufgaben des Augenblicks, der Rest den wirtschaftlichen Aufgaben der Zukunft.“

Walther Rathenau

IM KLARTEXT

Mai 2013

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Mai 2013

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung

Das Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen hat sich eingehender mit der Entwicklung bei den Hartz-IV-Empfängern beschäftigt. Die Untersuchung hat ergeben, dass die absolute Zahl der Hartz-IV-Empfänger sinkt, genauer: die Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld II (ALG II).

ALG-II-Empfänger

	gesamt	davon erwerbstätig
2007	5,278	1,221
2008	5,011	1,324
2009	4,909	1,325
2010	4,894	1,381
2011	4,615	1,335
2012	4,369	1,327

in Millionen
Quelle: Institut Arbeit und Qualifikation

Diese an sich erfreuliche Entwicklung hat allerdings einen Haken: Der Anteil der sogenannten Aufstocker – wenn der Arbeitslohn nicht reicht, kann zusätzlich ALG II beantragt werden – ist angestiegen. Während 2007 rund 23 Prozent von 5,3 Millionen

ALG-II-Empfängern ihr Erwerbseinkommen aufstocken mussten, lag der Anteil 2012 bei 30,4 Prozent, von nun 4,4 Millionen erwerbsfähigen ALG-II-Empfängern.

Eigenverantwortung

Im Jahr 2012 meldeten 129 743 Bundesbürger Privatinsolvenz an, das entspricht einem Rückgang von 4,6 Prozent zum Vorjahr. Laut „Schuldenbarometer 2012“ sinken die Fallzahlen seit 2008 erstmals wieder unter die Marke von 130 000. Die Autoren führen den Rückgang auf die positive Lage am Arbeitsmarkt zurück.

Privatinsolvenzen



Allerdings ist die Zahl der Verbraucherüberschuldungen auf Jahressicht 2012 angestiegen. Damit ist der Effekt gemeint, dass das Einkommen eines Bürgers nicht reicht, um die Schulden fristgerecht und über einen längeren Zeitraum zu tilgen. Überschuldung endet häufig in der Privatinsolvenz. Hauptursachen dafür sind Arbeitslosigkeit, dauerhaftes Niedrigeinkommen sowie gescheiterte Selbständigkeit oder Immobilienfinanzierung.

Geldwertstabilität

Von Januar bis April 2013 wurden 3 800 Zwangsversteigerungstermine weniger bei den deutschen Amtsgerichten anberaumt als im gleichen Vorjahreszeitraum. Das ist ein Rückgang von 16,9 Prozent. Insgesamt wurden in den ersten vier Monaten 19 000 Versteigerungstermine angesetzt. Die Summe der amtlich festgesetzten Verkehrswerte der Immobilien, die bundesweit zur Zwangsversteigerung anstanden, ist um 18,9 Prozent auf rund 2,9 Milliarden Euro gesunken.

Zwangsversteigerungen

nach Objektarten, Jan. – April 2013

Ein-/Zweifamilienhäuser	37,5 %
Eigentumswohnungen	31,2 %
Wohn-/Geschäftshäuser	23,4 %
Grundstücke	6,2 %
Garagen, sonstiges	1,6 %

Quelle: Argetra GmbH

Die gestiegene Immobilien-Nachfrage infolge der Finanz- und Eurokrise ermöglicht manchem überschuldeten Eigentümer, die Zwangsversteigerung durch Verkauf abzuwenden und damit auch finanzielle Einbußen – die in Gerichtsverfahren festgesetzten Verkehrswerte der Immobilien können bei Zwangsversteigerungen unterhalb des Marktwertes liegen – in Grenzen zu halten.

Auffallend ist die Verschiebung innerhalb der Objektarten: Der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser bei Versteigerungen hat sich gegenüber 2009 um fast fünf Prozent auf nunmehr 37,5 Prozent erhöht; gegenüber dem Vorjahreswert ist dies ein Plus von 2,7 Prozent.

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: picture alliance/akg-images
Druck und Herstellung: Druckerei Engelhardt GmbH, Neunkirchen
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard